



PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 20. NOVEMBER 2019



ANTRAG **KLARES BEKENNTNIS ZUM BREMER STAHLWERK**

Die Bürgerschaft hat sich heute klar zum Bremer Stahlwerk bekannt. Sie verabschiedete einen Antrag, den alle Fraktionen gemeinsam eingebracht hatten. Darin fordern sie unter anderem faire Wettbewerbsbedingungen auf europäischer Ebene und Schutz der Bremer Hütte vor Billigimporten, die in Ländern mit niedrigeren Sozial- und Umweltstandards hergestellt werden. Und sie fordern von der EU und vom Bund Förderprogramme für den ökologischen Umbau der Stahlindustrie. Denn für den wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann, steht fest: „Sauberer Stahl ist eine Zukunftstechnologie.“

Stahmann freute sich zu Beginn seiner Rede, dass es SPD, CDU, Grünen, Linken und FDP gelungen sei, sich auf einen gemeinsamen Antrag zu einigen. „Dadurch hat sich eine intensive Debatte zwischen den Fraktionen ergeben“, so der Sozialdemokrat. „Dadurch geht dieser Antrag nun aber auch über Lippenbekenntnisse hinaus und ist eine echte inhaltliche Auseinandersetzung mit den Problemen und Unterstützung für das Bremer Stahlwerk.“



Volker Stahmann

Und dass dieses von herausragender Bedeutung für Bremen und die Wirtschaft ist, daran ließ Stahmann

keinen Zweifel. „Stahl ist als Grundstoff einer der zentralen Kerne der deutschen Wirtschaft – und nicht ersetzbar. Viele andere Branchen und Arbeitsplätze sind davon abhängig. Und kein anderer Werkstoff ist praktisch unendlich wiederverwendbar“, erklärte er. Doch die weltweiten Wettbewerbsbedingungen seien verzerrt, und die Sozial- und Umweltstandards, unter denen Stahl etwa in China und der Türkei hergestellt werde, ermöglichten es den Produzenten, den Druck auf die Preise auf dem Weltmarkt weiter zu erhöhen. Stahmann: „Es kann nicht sein, dass ‚schmutzig‘ ein Wettbewerbsvorteil ist. Wir brauchen hier einen Ausgleich, eine Bewegung von schmutzigem hin zu sauberem Stahl.“

Stahmann betonte zudem, dass 4.000 Arbeitsplätze in der Bremer Hütte und noch einmal so viele Arbeitsplätze bei

Zulieferern auf dem Spiel stünden. „Wir machen mit unserem Antrag noch einmal unmissverständlich deutlich: Wir stehen an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Bremer Stahlwerks.“

Und so fasste Stahmann abschließend zusammen: „Unser gemeinsamer Antrag ist ein Bekenntnis zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stahlwerks sowie deren Familien. Er ist ein Bekenntnis zum Werkstoff Stahl und zu ArcelorMittal in Bremen. Er ist aber auch eine Aufforderung an ArcelorMittal, bei der Entwicklung von umweltfreundlichen Technologien nicht nachzulassen. Denn sauberer Stahl ist eine Zukunftstechnologie!“

> **Antrag: Das Bremer Stahlwerk braucht politische Unterstützung!**
bit.ly/stahlwerk_bremen

DEBATTE **GRUNDRENTE: WICHTIGER SCHRITT GEGEN ARMUT IM ALTER**

Die Einigung zur Grundrente auf Bundesebene war heute auf Initiative der SPD-Fraktion das Thema einer Aktuellen Stunde in der Bürgerschaft. Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, nannte die Grundrente einen „Meilenstein“ und betonte: „Ihre Einführung ist eine Frage der Gerechtigkeit und ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung von Altersarmut.“

Auch in Bremen und Bremerhaven werde die Grundrente vielen Menschen zugutekommen und ihre gesellschaftliche Situation deutlich verbessern, erklärte Pfeiffer. Denn laut statistischem Bundesamt sei etwa jede*r sechste Rentner*in im Land Bremen arm oder von Armut bedroht – mit steigender Tendenz. Bürgerschaft und Senat hätten daher auf Bundesebene immer wieder für eine bessere Absicherung im Alter gekämpft, gerade für ärmere Menschen. Mit der Grundrente sei nun also ein wichtiges Etappenziel geschafft.

Welche konkreten Auswirkungen die Grundrente haben werde, machte Pfeiffer am Beispiel ihrer Friseurin deutlich. Diese habe 40 Jahre lang auf dem Niveau von 40 Prozent des Durchschnittslohns voll gearbeitet. Derzeit käme sie auf eine monatliche Rente von 528,80 Euro. Mit der Grundrente erhalte sie gut 400 Euro mehr. Pfeiffer: „Damit wird sie nicht reich, aber sie wird ihr Leben deutlich besser bestreiten können.“

Dieses Beispiel sei auch deshalb gut geeignet, weil insbesondere Frauen oft eine geringe Rente erhielten. Denn Frauen verdienten meist deutlich weniger als Männer und übernahmen fast immer die Pflege und Kindererziehung. „Deswegen ist die Grundrente vor allem eine gute



Sache für Frauen“, sagte Pfeiffer und hob die drei Punkte hervor, die aus Sicht der SPD besonders wichtig seien. So sei die Grundrente eine Frage der Gerechtigkeit, weil sie Respekt und Anerkennung für ein Leben voller Arbeit ausdrücke – und sich dies nicht nur auf Erwerbsarbeit beziehe, sondern auch auf Arbeit zu Hause, also etwa Pflege und Kindererziehung. Die Grundrente solle zudem einen Beitrag zur Bekämpfung von Altersarmut leisten. „Sie ist nicht die einzige, aber eine notwendige Antwort“, so Pfeiffer. Und schließlich müsse sich die Rente auf die Leistung und nicht auf die Bedürftigkeit beziehen. Die nun gefundene Lösung mit Einkommensprüfung und automatischer Auszahlung durch die Rentenversicherung sei daher gut, weil sie Rentnerinnen und Rentner nicht zu Bittstellern mache, sondern dafür Sorge, dass die Grundrente bei jenen ankomme, die kleine und kleinste Renten haben.

„Armut ist mit Mitteln der Kommunen und des Landes alleine nicht zu bekämpfen“,

sagte die SPD-Abgeordnete Sascha Aulepp, die sich in der Aktuellen Stunde ebenfalls zu Wort meldete. „Wir brauchen dazu die Hilfe des Bundes und deshalb ist es gut, dass wir die Grundrente nun erreicht haben.“ Die nun gefundene Einigung sei ein Kompromiss, aber für die, die nun davon profitieren, sei es gut, dass dieser erreicht werden konnte.

Den Kompromisscharakter betonte auch Pfeiffer. Die SPD werde weiter um eine auskömmliche, zukunftssichere Rente kämpfen, in die irgendwann alle einzahlen, so die Sozialdemokratin. Auch die Altersgrundsicherung müsse überarbeitet werden. Und schließlich betonte sie, dass Alterssicherung schon im Erwerbsleben beginne. Pfeiffer abschließend: „Wir müssen daher auch dafür sorgen, dass durch solide Löhne, einen höheren Mindestlohn, eine starke Tarifbindung und mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf Dauer Altersarmut erst gar nicht entsteht.“



Birgitt Pfeiffer

Sascha Aulepp

DEBATTE **GESUNDHEIT NORD: ENTSCHEIDENE SCHRITTE NÖTIG**

„Wir sind in einer Situation, in der ein ‚Weiter so‘ nicht mehr geht. Die gesamte Krankenhauslandschaft ist gefährdet, wenn wir nicht die Kurve kriegen.“ Mit diesen deutlichen Worten ordnete der hauspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, heute in einer Aktuellen Stunde der Bürgerschaft die Situation des kommunalen Klinikverbundes Gesundheit Nord (Geno) ein.

Gottschalk bezeichnete die Entscheidung, die Geno-Geschäftsführerin freizustellen, als nachvollziehbar. Er betonte aber auch, dass das Problem nicht allein in Personen,

sondern auch in Strukturen liege. Nicht nur die Geno habe im vergangenen Jahr ein Minus gemacht, sondern jedes zweite Krankenhaus. Und durch besondere Umstände wie gesperrte Betten oder Probleme bei der Abrechnung mit den Krankenkassen ergebe sich bei der Geno ein außergewöhnliches Minus im zweistelligen Millionenbereich.

„Die Probleme der Geno sind nicht von Heute auf Morgen, sondern nur schrittweise zu lösen“, erklärte Gottschalk und nannte dafür vor allem drei Bereiche. So müsse erreicht werden, dass es auf

der Ebene der einzelnen Krankenhäuser im Dialog von Direktoren und Chefärzten zu einer größeren Flexibilisierung komme. Schwerpunkte an den Standorten müssten gebildet werden. Und schließlich müsse das Medizincontrolling deutlich besser und mehr auf die einzelnen Häuser verlagert werden.



Arno Gottschalk

ANTRAG **STÄRKUNG DER KINDERRECHTE BLEIBT EINE ZUKUNFTSAUFGABE**

Am 20. November 1989 wurde die UN-Kinderrechtskonvention von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen. Das heutige 30-jährige Jubiläum hat die Bürgerschaft genutzt, die Kinderrechte ausdrücklich zu würdigen, ihre Bedeutung herauszustellen und allen Akteurinnen und Akteuren in Politik, Wirtschaft und Verbänden ins Bewusstsein zu rufen.

Bereits im Jahr 2003 wurden die Kinderrechte in der Bremer Landesverfassung verankert. Dennoch bleibe die Verwirklichung der Kinderrechte eine Zukunftsaufgabe, so die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Petra Krümpfer, in der heutigen Debatte. „Es gibt immer noch sehr, sehr viele Kinder, die nicht in einer kinderfreundlichen Umgebung aufwachsen. Kinder sind aber unbestritten eigenständige Persönlichkeiten mit besonderen Schutzbedürfnissen. Kinder sollen Kinder sein dürfen. Und deshalb brauchen Kinder auch eigene, klar formulierte Rechte“, bekräftigte die Sozialdemokratin.

Kinderrechte könnten insbesondere dann einen Unterschied machen, wenn es um den Schutz vor Gewalt gehe, aber auch bei wichtigen Fragen der Chancengleichheit und der Generationengerechtigkeit, so Krümpfer. Und deshalb sei es auch heute weiterhin wichtig, sich für die Stärkung der Kinderrechte einzusetzen.

Krümpfer: „Eine ausdrückliche Verankerung von Kinderrechten auch im



Petra Krümpfer

Grundgesetz hat dabei einen hohen Stellenwert. Insgesamt würde der Staat so stärker in die Pflicht genommen werden, wenn es um die Wahrnehmung seiner Verantwortung für kindgerechte Lebensverhältnisse



und um gleiche Entwicklungschancen für alle Kinder und Jugendlichen geht. Dafür haben sich das Land Bremen und wir als Sozialdemokraten uns in der Vergangenheit bereits mehrfach auf Bundesebene eingesetzt.“

Angesichts der aktuellen Debatte über wachsende Kinderarmut, unterschiedliche Bildungschancen, ein Auseinanderdriften der Gesellschaft in Reich und Arm und häufige Fälle von Vernachlässigung wäre dies ein wichtiges Signal, so Krümpfer. Aber auch die Eltern würden von starken Kinderrechten profitieren, um die Interessen ihrer Kinder im Alltag wirksam durchsetzen zu können.

Aber auch Symbole seien in dieser Diskussion wichtig, so Krümpfer: „Ich finde es

daher sehr gut, dass wir heute das 30-jährige Jubiläum der Konvention auch mit der Einweihung eines Platzes der Kinderrechte im Bremer Bürgerpark feiern können.“

„Heute bekräftigen wir – gemeinsam mit allen Fraktionen in der Bürgerschaft – die in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschriebenen Ziele und Rechte. Und wir werden weiter darauf achten, dass die Rechte von Kindern und Jugendlichen im Land Bremen entsprechend gewahrt und weiterentwickelt werden“, erklärte Krümpfer zum Abschluss ihrer Rede.

> Antrag: 30. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention: Die Stärkung der Kinderrechte bleibt eine Zukunftsaufgabe!
bit.ly/kinderrechtskonvention